

Sonntag, 14. Juni 2009

Schwarz-Grün?

„Die Situation ist völlig offen“

Robert Zion ist Basis und Überbau zugleich: Seit dem Afghanistan-Parteitag der Grünen vom September 2007 gilt er als einer der linken Vordenker seiner Partei. Sein Parteiamt verrät nicht, welch großen Einfluss er hat: Er ist Vorstandssprecher der Gelsenkirchener Grünen. Nach der Europawahl hat er die SPD scharf attackiert. Was hält Robert Zion von Schwarz-Grün?

n-tv.de: In Ihrem Blog beim „Freitag“ gehen Sie hart mit der SPD ins Gericht. Was stört Sie so an der Partei?

Robert Zion: Mich stört an denen gar nichts, mein Text ist bloß eine Analyse, die ein bisschen in die Hintergründe geht. Kern des Ganzen ist, dass der SPD ihr Fortschrittsbegriff und damit ihre Legitimation abhanden gekommen ist.

Sie sind selbst links. Was ist der Unterschied zwischen Ihrem Links-Sein und dem der Sozialdemokraten?

Die Sozialdemokratie ist noch immer in diesem alten Denken gefangen, das noch auf die Diskussion zwischen Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein zurückgeht: Reform oder Revolution. Ich halte das für eine Scheinalternative. Beim ökonomischen und beim sozialen Fortschritt geht es mittlerweile um einen Transformationsprozess der Gesellschaft. Das hat die SPD noch nicht begriffen, was nicht zuletzt ihr Arbeitsbegriff zeigt, der nach wie vor die industriegesellschaftliche Normarbeit ins Zentrum stellt. Das war ja auch der zentrale Fehler der Agenda 2010. Das ist wirklich tragisch, weil gerade hier progressive Potenziale für eine linke Partei liegen könnten: den Wandel der Arbeitsgesellschaft so zu organisieren, dass das, was ohnehin passiert, sich auch politisch ausdrücken kann.

Wieso schafft die SPD das nicht?

Sie hat keine Analyse der Gesellschaft mehr. Sie hatte mal Ansätze dazu, Peter Glotz etwa war einer, der das sehr genau verstanden hat. Aber Sozialdemokraten vom Schlage Müntefering, Steinmeier und Struck fehlt dazu einfach die Weite. Wir leben in einer stark individualisierten Gesellschaft mit völlig neuen Arbeitsformen. Das bedeutet, dass man die Sozialversicherungssysteme universalisieren, also für alle eine gemeinsame Basis schaffen muss. Für einen solchen Schritt sind die Sozialdemokraten zu sehr in ihrer Tradition gefangen.

Sie schreiben, dass die SPD in den Großstädten als progressive Kraft abgelöst wird von den Grünen. Wollen Sie, dass die Grünen die SPD verdrängen?

Das sollte unser neues Ziel sein in den Großstädten, ja. In den Metropolen gibt es ein neues Bürgertum, das mit dem alten Bürgertum nicht mehr zu vergleichen ist. Das alte Bürgertum konnte man in Verdienstgruppen und Habitustypen einteilen; das neue Bürgertum ist linksliberal, kennt den Wandel der Arbeitsgesellschaft, die Individualisierung, teilweise auch die Prekarisierung, und pflegt zugleich einen bewussteren Lebensstil. Dazu passt der industriegesellschaftliche Normbegriff der SPD einfach nicht. Auf der anderen Seite muss man sagen, dass die CDU in den Städten genauso große Probleme hat, sich zu modernisieren. Denn die alten Institutionen wie Familie und Kirche, um die sich die CDU früher gruppiert hat, sind ja auch auf dem Rückzug.

Sie schreiben auch, es sei „nahezu ausgeschlossen“, dass die SPD in den sich verschiebenden parteipolitischen Koordinaten „noch eine positive und aktive Rolle einnehmen wird“ - und Sie empfehlen der SPD acht Jahre Opposition. Folgt daraus nicht zwangsläufig, dass sich die Grünen einen anderen Partner suchen müssen?

Dass ist mir zu machtmehchanisch gedacht. Ich glaube, die politische Landschaft wird sich verändern, sie verändert sich gerade in ganz Europa. Nach dieser Krise werden bestimmte Dinge einfach nicht mehr gültig sein - zum Beispiel, dass man beständig Wachstum generiert und über dieses Wachstum den Wohlstand verteilt. Die Parteien, die diesen Prozess verstehen und die Lösungskonzepte anzubieten haben, werden als Gewinner daraus hervorgehen. Die beste Entwicklung wäre die, dass

wir uns wieder daran erinnern, dass wir eine Legislativdemokratie sind und keine Exekutivdemokratie; vielleicht wird dann möglich, was derzeit noch undenkbar ist: dass auch hierzulande, wie in Skandinavien, mit wechselnden Mehrheiten regiert wird.

Die nächste Bundestagswahl ist aber schon in drei Monaten. Die Europawahl hat die Perspektive eröffnet, dass die Grünen stärker werden könnten als die FDP und dass die beiden Alternativen für die Union am Ende Schwarz-Grün und Schwarz-Rot lauten könnten.

Wir haben auf unserem Parteitag ganz klar gesagt, dass wir das von den Inhalten abhängig machen, und wir haben da auch die Bedingungen formuliert. Alles andere sollte uns nicht interessieren.

Aber könnten Sie Schwarz-Grün mittragen? Gerade für viele linke Grüne ist die CDU doch das klassische Feindbild.

Wenn die Inhalte stimmen, kann man alles mittragen, natürlich. Angesichts der Programmatik der CDU halte ich das aber für ausgeschlossen. Das Entscheidende ist, dass wir in dieser Umbruchphase als Grüne eine Wiedergeburt als Programm- und Konzeptpartei erlebt haben. Schaut man in die Programmatik, die wir in den vergangenen zwei Jahren erarbeitet haben, sieht man, dass die Grünen bestimmte Ansprüche, die sie in den 80er Jahren erhoben haben - nämlich einen alternativen Gesellschaftsentwurf vorzulegen - jetzt wieder einlösen. Um Ihre Frage zu beantworten: Die politische Situation ist vollkommen offen. Und wir können es uns mittlerweile wieder leisten zu sagen: Wenn man uns braucht, haben wir eine Lösung für das Land anzubieten, bei der bestimmte Bedingungen einfach erfüllt sein müssen. Wenn nicht, gehen wir halt in die Opposition.

Wäre es nicht denkbar, dass ein Koalitionspartner Ihnen beispielsweise im Bereich Klimaschutz entgegenkommt und Sie dafür hinnehmen, dass auf anderen Feldern nicht grüne Politik gemacht wird?

So einfach ist das nicht. Wir haben ein ganz ähnliches Problem wie in der Zeit nach 1929, als Präsident Roosevelt in den USA den „New Deal“ entwickelte. Wir müssen jetzt ähnliches tun, nämlich den Produktivitätsfortschritt und den daraus entstandenen Reichtum in gesellschaftliche Wohlfahrt übersetzen. Heute müssen wir zudem noch die Industriegesellschaft ökologisch umbauen. Die Punkte, die unbedingt erfüllt sein müssen, sind: Die Vermögensbesitzer müssen einen größeren Anteil zum Umbau dieser Gesellschaft leisten; neue Arbeit muss in den sogenannten „Humansektoren“ entstehen, also Wissenschaft, Soziales, Gesundheit, Pflege, Kultur, Bildung; wir müssen die Schrumpfungprozesse nutzen, damit die Wirtschaft in einem neuen Wachstumszyklus auf die richtige Art und Weise wächst, wir müssen auf ökologische Produkte und Dienstleistungen umstellen. Das alles sind ja nicht nur Fragen, die mit unserem grünen politischen Willen zu tun haben - das sind gesellschaftliche Notwendigkeiten. Geschieht das alles nicht, wird die nächste Regierung nur das Elend verwalten.

Wann, glauben Sie, werden die Grünen wieder an einer Bundesregierung beteiligt sein?

Das weiß ich nicht.

Interessiert Sie das gar nicht?

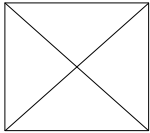
Ich weiß es einfach nicht. Natürlich, die Zeiten, in denen wir Fundamentaloppositionspartei waren, die sind vorbei. Aber es hängt nicht nur von uns ab. Es hängt vor allem davon ab, ob die großen Parteien von ihrer Grundeinstellung abrücken, in dieser Republik werde alles so bleiben, wie es schon immer war; ob sie verstehen, dass es in Zukunft nicht mehr so sein wird. Davon hängt es ab, ob die Grünen und mit wem die Grünen regieren können.

Mit Robert Zion sprach Hubertus Volmer

<http://www.n-tv.de/politik/dossier/Die-Situation-ist-voellig-offen-article365239.html>



Episode: Zur Woche des Grundeinkommens (2): Die große Umgestaltung - Gespräch mit Robert



Podcast: [Radio Corax](#)

Veröffentlicht: am 15.09.2009 um 15:23

Dateigröße: 20.53 MB

Download: <http://www.freie-radios.net/mp3/20090915-zurwochede-29830.mp3>

Beschreibung: Robert Zion gehört zu den Befürwortern des Grundeinkommens und damit (noch) zu einer Minderheit innerhalb der eigenen Partei, innerhalb der Grünen. Ähnlich wie bei "Die Linke" haben sich nämlich dort die Befürworter einer Grundsicherung, einer humaneren Form des Hartz IV, durchgesetzt. Zion fordert jedoch dazu auf, dem entpolitierten Verwaltungsdenken der Parteienlandschaft andere Politikansätze entgegenzusetzen und greift dazu tief in die Forderungskiste: Grundeinkommen für alle, bedingungslos. Ein Gespräch mit Zion über die Idee des Grundeinkommens.

Piraten, Krieg und analoge Weltgesellschaft

13 September 2009



Robert Zion im Gespräch mit Gelsenkirchen Blog.

Gelsenkirchen Blog: Lieber Herr Zion, herzlichen Dank, dass Sie sich zu einem Interview mit dem Gelsenkirchen Blog bereit erklären. Bevor wir uns allerdings thematisch der Bundespolitik widmen, ein ganz kurzer Exkurs in die Kommunalpolitik. Wie bewerten Sie den Wahlkampf der Grünen in Gelsenkirchen und inwieweit korrespondiert dieser mit dem Wahlausgang?

Robert Zion: Mein persönlicher und vorläufiger Eindruck ist: Trotz neuer politischer Konkurrenz mit der inzwischen bundesweit etablierten Linken und der Migrantenliste BIG, sind wir in Gelsenkirchen drittstärkste Partei geblieben. Allerdings stagnieren wir bei den Ratssitzen und haben Stimmen verloren. Unser Wahlergebnis ist also gemischt und muss auch ganz klar, da es nicht im Landestrend der Grünen liegt, kommunalpolitische Ursachen haben. Wir Grüne in Gelsenkirchen täten gut daran, dieses Ergebnis jetzt nicht einfach nur auf den Wahlkampf zurückzuführen.



Kreative Plakate: “Die bessere Kandidatin”

Denn tatsächlich haben wir mit relativ wenigen Leuten einen außerordentlich engagierten, kreativen und modernen Wahlkampf gemacht, bei dem wir erstmals auch das Netz als offene Kommunikations- und Informationsplattform verstärkt zu nutzen versucht haben. Alles in allem haben wir offensichtlich in der Ratskooperation mit der SPD an grünem Profil

eingebüßt – anders ist dieses Ergebnis für mich gar nicht zu deuten – und es ist uns in der kurzen Zeit des Wahlkampfes dann eben nicht gelungen, unsere Strategie der Eigenständigkeit und unsere Themen in Gelsenkirchen bekannt genug zu machen. Dazu haben wir jetzt aber die große Chance, in bürgernaher, härtnäckiger und konstruktiver Oppositionsarbeit. Jedenfalls gehört dieses Ergebnis jetzt ganz allein uns, ohne sich durch einen SPD-Oberbürgermeister oder durch Leihstimmen der SPD-Wähler irgendwo hintragen zu lassen, wo wir als Grüne in Gelsenkirchen objektiv (noch) gar nicht sind. Und wenn Baranowski verkündet die Norderweiterung in Scholven unter Inkaufnahme der Planierung eines Landschaftsschutzgebietes bei anschließendem Arbeitsplatzabbau (!) sei eine “gelungene Verbindung von Ökonomie und Ökologie”, oder beim Neubau von Kohlekraftwerken (Datteln) müssten “Beeinträchtigungen der Bürger in Kauf genommen werden”, dann will ich mich von der SPD auch nicht irgendwo hin tragen lassen, wo unser ökologisches Profil nur weiter verwässert würde. Am Ende gilt für die Grünen in Gelsenkirchen aber: So wie wir mit basisdemokratischen Entscheidungen in diesen Wahlkampf gegangen sind, so werden wir diese Kommunalwahl in der Mitgliedschaft nun erst aufzuarbeiten haben und dann zu einer gemeinsam Bewertung kommen.

Gelsenkirchen Blog: Zur Bundespolitik. Unter dem Deckmantel der Sicherheitspolitik werden von der Bundespolitik zunehmend rigorosere Maßnahmen der elektronischen Überwachung beschlossen. Aktuellster Vorstoß der Familienministerin: Das Zugangerschwerungsgesetz gegen den Konsum von Kinderpornografie. Unabhängige IT- Experten und der gesunde Menschenverstand laufen Sturm gegen dieses Gesetz. Skizzieren Sie die Position der Grünen zu diesem Vorstoß.

Robert Zion: Tatsächlich fordern wir Grüne nicht nur die Zurücknahme der Vorratsdatenspeicherung, sondern auch eine Zurücknahme von Netzsperrern. Mir ist das ein besonderes Herzensanliegen: Der Staat hat in meinen Computer nichts zu suchen! Wenn bei der Bekämpfung von kriminellen Inhalten im Netz wie etwa Kinderpornografie etwas gemacht werden muss – wofür ich natürlich sehr bin -, dann muss es darum gehen, in internationaler Zusammenarbeit der Behörden auf die Server zuzugreifen, die kriminellen Inhalte zu löschen und die Anbieter zu belangen. Was hier durch die Große Koalition jedoch geschieht, ist für mich der Aufbau einer Zensurinfrastruktur im Netz und eine Schnüffelei in meinem Computer. Dabei geht es wirklich um sehr ernste Fragen. Wie bei der Vorratsdatenspeicherung auch, droht hier ein wirklicher Abbau von Freiheits- und Bürgerrechten. Vor allem aber ist das Netz als die neue Kommunikations- und Informationsstruktur des 21. Jahrhunderts eine große Chance, das Wissen, die Kommunikation und die Information wirklich zu demokratisieren. Und ich glaube, genau darum geht es im Kern in der Auseinandersetzung. Viele können sich Technologien nur als Herrschaftstechnologien vorstellen, Demokratisierungstechnologien, wie das Netz, scheinen ihnen per se suspekt. Das Netz wird unsere Demokratie gründlich verändern und revitalisieren – das ist meine Feste Überzeugung und dafür trete ich auch ein.

Gelsenkirchen Blog: Meckelburg und Poß aus GE haben diesem Gesetz bereits zugestimmt und vom Gelsenkirchen Blog satirisch den Titel “Internetausdrucker” verliehen bekommen. Dieser Titel verweist auf eine möglicherweise vorhandene Medien-/Internetinkompetenz dieser Akteure. Sie haben die beiden bei einer Podiumsdiskussion in einer Gelsenkirchener Schule getroffen. Glauben Sie, die Herren Poß und Meckelburg wissen überhaupt, worüber sie abstimmen?

Robert Zion: Sie wissen zumindest das, was ihnen ihre “Experten” in der Fraktion sagen und ihre Fraktionsvorsitzenden zur Abstimmung dann vorgeben. Sowohl Wolfgang Meckelburg als auch Joachim Poss sind ja nicht gerade berühmt geworden durch Eigen- oder gar Widerständigkeit in ihren Fraktionen – und dies seit Jahrzehnten. Wenn Wolfgang Meckelburg in der angesprochenen Podiumsdiskussion zu mir meinte, ich wolle ja “Server sperren” und “zensieren”, dann zeigt das auch, dass er tatsächlich sonst nicht vielmehr weiß.

Gelsenkirchen Blog: Dieser Gesetzesentwurf sorgt nicht nur für Empörung der Experten, sondern ebenfalls zur Formierung von neuen politischen Bewegungen. Die Piraten machen sich bereit zum entern und geben vor zu wissen, was eine “digitale Gesellschaft” benötigt. Nun ist es aber so, dass unsere Gesellschaft in weiten Teilen fürchterlich “analog” ist. Fragen zur Lohngestaltung, der sozialen Sicherung, der Renten, des Gesundheitswesens und was wesentlich ist, der Bildungspolitik sind Positionen, die Antworten und Entscheidungen einfordern. Glauben Sie, dass die Piraten auch in diesen Belangen punkten können? Kurzum: Ist es eine Politik, die eine ernsthafte Konkurrenz zu den Grünen darstellt?

Robert Zion: Noch sind die Piraten eine Ein-Punkt-Partei und als solche setzen sie jetzt die etablierten Parteien unter – für mich berechtigten – Druck. Das war ja bei den Grünen in den 80er Jahren mit der Ökologie nicht anders. Was bei den anderen Themen wird und ob sie sich halten oder gar etablieren können, ist völlig unabsehbar. Sollten sie allerdings den Wandel unserer Gesellschaft hin zu einer Wissensgesellschaft mit den radikalen Umbrüchen in der Arbeitswelt oder Themen wie das Grundeinkommen aufgreifen, dann hätten die Piraten wahrscheinlich sogar eine wirkliche Chance. Allerdings sind das auch meine Anliegen bei den Grünen, so dass ich hoffe, dass wir hier den Modernisierungsprozess meiner Partei jetzt verstärkt angehen und uns zu einer wirklichen, wie ich es einmal genannt habe, links-libertären Kraft weiterentwickeln.

Gelsenkirchen Blog: Bleiben wir bei den analogen Problemen der Weltgesellschaft. Die Bundeswehr ist in Afghanistan und – böse Zungen behaupten dies – bomben die Demokratie herbei. Diesbezüglich erscheinen die übrigen Bundestagskandidaten Meckelburg, Poß und Buschmann erschreckend gelassen. Buschmann unterstellt Ihnen, dass Sie das Thema zu Wahlkampfzwecken [instrumentalisieren](#). Was glauben Sie, warum die Kandidaten von CDU, SPD und FDP sich augenscheinlich davor fürchten, zu diesem Thema differenziert Position zu beziehen?

Robert Zion: Im Kern geht es ihnen darum, dass die Bundesrepublik ihre Bündnisfähigkeit innerhalb der NATO unter Beweis stellt. So was nennt man dann “Staatsraison”. Westerville bemühte ja im Bundestag sogar Kaiser Wilhelm II: Es ginge jetzt nicht mehr um Parteien, sondern um das Land. De facto aber ist die NATO in Afghanistan der falsche Akteur, sie wird dort als Besatzer wahrgenommen und ist gescheitert. Darum müssen wir jetzt einen Schnitt machen und die Bundeswehr bis spätestens Ende 2010 abziehen, wenn wir dort nicht in ein Kriegsdesaster schlittern und nicht alle zivilen Errungenschaften in Afghanistan letztendlich verlieren wollen. Das ist eine realistische und verantwortbare Abzugsperspektive. Wir brauchen jetzt ein neues UN-Mandat. Das Land gehört unter Verwaltung der Vereinten Nationen gestellt, die dort neutrale Friedenstruppen – vorzugsweise aus der Region – stationieren und einen Befriedigungsprozess unter den Stämmen, Bevölkerungsgruppen und Clans einleiten sollte. Die Mittel für das Militär sollten dann in den zivilen Aufbau umgeleitet werden. Obama sollte die geostrategischen Interessen der USA in der Region aufgeben und den gewaltigen Militärstützpunkt Bagram räumen. Im Übrigen: alle großen Hilfsorganisationen, die in Afghanistan zum Teil seit Jahrzehnten aktiv sind, sagen

mittlerweile dasselbe. Aber wahrscheinlich sind dies für Joachim Poss auch nur "Einzelpositionen".

Gelsenkirchen Blog: Abschließend: Bleibt Merkel Bundeskanzlerin?

Robert Zion: Ich habe gar nicht das Gefühl, dass sie es je gewesen ist, jedenfalls bezüglich ihrer Aufgabe als Kanzlerin "die Richtlinien der Politik zu bestimmen."

Gelsenkirchen Blog: Vielen Dank für Ihre Zeit

Robert Zion: Sehr gerne!

Farbenspiele

Die Grünen auf der Suche nach sich selbst

Von Tonia Koch und Stefan Maas

Im Saarland diskutieren die Grünen auf einem Landesparteitag, ob sie mit dem schwarz-gelben oder mit dem rot-roten Lager Verhandlungen zur Regierungsbildung aufnehmen wollen. Die Delegierten stehen vor einer Richtungsentscheidung.

Von den Grünen hängt alles ab. Zumindest im Saarland. Morgen entscheiden sie auf einem Landesparteitag über welche Koalition verhandelt wird: Jamaika, eine Koalition aus Grünen, Liberalen und Christdemokraten oder Rot-Rot-Grün. So mächtig waren die Grünen im Saarland noch nie. Stephan Körner von den Saarbrücker Grünen:

"Es ist deswegen so schwierig, weil wir in einer Situation sind, wie wir sie noch in keinem Bundesland hatten als Grüne, dass wir entscheiden können zwischen zwei Bündnissen, die uns beide gleichermaßen weitgehende politische und inhaltliche Zugeständnisse machen und wo wir entscheiden müssen, was ist für uns die tragfähigere Grundlage um das auch umgesetzt zu bekommen."

5,9 Prozent haben bei der saarländischen Landtagwahl am 30. August ausgereicht, den Gestaltungsspielraum der Grünen gehörig auszudehnen. Zumindest weit über das hinaus, was die Prozentzahl 5,9 in aller Regel verspricht. Schon am Wahlabend war klar, dass sich die Grünen damit die Möglichkeit auf eine Regierungsbeteiligung gesichert hatten. Sowohl Rot-Rot als auch Schwarz-Gelb benötigen die grünen Königsmacher. Aber erst im Verlauf der insgesamt zehn Sondierungsrunden, die von grüner Seite geführt wurden, kristallisierte sich heraus, dass die Grünen auch bestimmen, über welche Themen diskutiert wird. Manch einen stimmt dies geradezu euphorisch. Wie den grünen Beigeordneten Adam Schmitt:

"Was die Inhalte betrifft, alle laufen uns hinterher. Der Rest wird sich ergeben."

Offiziell haben die Parteien über ihre inhaltlichen Überlegungen Stillschweigen vereinbart und berufen sich auch darauf, wie der parlamentarische Geschäftsführer der Saar-CDU, Stephan Toscani.

"Wir nehmen dazu im Moment überhaupt keine Stellung, wir nehmen nicht teilweise Stellung, wir dementieren nicht halb, wir dementieren nicht ganz, sondern sagen einfach die Verhandlungen sind jetzt geführt und dazu kann und will ich im Moment nichts sagen..."

Durchgesickert ist inzwischen, dass die Grünen offenbar von den schwarz/gelben und den rot/roten Werbern mit Offerten überhäuft werden. Ihnen soll die Entscheidung für die eine oder andere Seite erleichtert werden. Dass sich die Saar-Grünen Hoffnungen auf das

Umweltressort machen, versteht sich von selbst. Unbestätigten Aussagen Grüner Unterhändler zufolge, wird ihnen jedoch auch die Führung des Bildungsministeriums angeboten, und zwar von beiden Seiten. Mit Blick auf eine mögliche rot-rot-grüne Koalition sei dies nicht überraschend, sagt SPD-Landeschef Heiko Maas. Schließlich gäbe es keine inhaltlichen Differenzen.

"Wir mussten gar nicht auf die Grünen zugehen, wir waren schon bei ihnen und ich glaube, das macht die politische Substanz eines Bündnisses aus."

Der Ruf nach Abschaffung der Studiengebühren, nach mehr Ganztagschulen oder einer Reform von G8, dem gymnasialen Schulabschluss nach acht Jahren, sind Forderungen, die von beiden Parteien von SPD wie Grünen im Wahlkampf gleichlautend vertreten worden sind. Die CDU hingegen stimmte im Wahlkampf nicht in diesen Chor ein. Aber sie scheint bereit, unter anderem bildungspolitische Positionen zu räumen, um Jamaika im Saarland zu ermöglichen. Selbst einer Verfassungsänderung will die Saar-CDU offenbar zustimmen, damit die bildungspolitischen Reformvorhaben der Grünen umgesetzt werden können. Klaus Kessler, bildungspolitischer Sprecher der Saar-Grünen:

"Die CDU hat sich in diese Richtung positiv geäußert, ob es dabei bleibt wird sich noch zeigen, aber wir haben da ein Angebot."

Im Saarland genießen die verschiedenen Schulformen, die sich an eine vierjährige Grundschulzeit anschließen, Verfassungsrang. In der Konsequenz bedeutet dies: Das von den Grünen formulierte Ziel, die Kinder bereits in der Grundschule länger gemeinsam lernen zu lassen, kann nur erreicht werden, wenn die Verfassung geändert wird. SPD und Linke unterstützen dieses Ansinnen, aber es bedarf einer Zweidrittelmehrheit und die kann augenblicklich nur mit Hilfe der CDU zustande kommen. Deshalb mutmaßen die Grünen, dass es die Zustimmung für große schulische Veränderung nur gibt, wenn es auch Jamaika gibt. Klaus Kessler:

"Das ist die Frage, die jeder Delegierte am Sonntag auf dem Parteitag für sich klären muss, wie wichtig einem Delegierten das Thema Verfassungsänderung ist und wie schwer das wiegt, im Vergleich zu anderen Punkten."

Um zu unterstreichen, wie ernst es der saarländischen CDU mit Jamaika ist, gab der CDU-Landesvorsitzende und geschäftsführende Ministerpräsident, Peter Müller, am Wochenende öffentlich auch energiepolitisches Terrain preis. Über Jahre hatte sich Müller für längere Laufzeiten bei Atomkraftwerken stark gemacht obwohl ein Ausstieg aus der Kernkraft sogar im Koalitionsvertrag der Großen Koalition festgehalten war.

Am vergangenen Wochenende dann die Kehrtwende. Erst in den Printmedien, dann im ARD-Fernsehen warb Müller - zum Wohl der erneuerbaren Energien - für den Atomausstieg.

"Der vorgesehene Atomausstieg macht Druck dieses umzusetzen und ist deshalb eine sinnvolle Leitlinie."

Dieser plötzliche Sinneswandel am Beispiel des Atomausstieges lässt die eine Hälfte der Grünen jubeln. Wie zum Beispiel Markus Schmitt, der zum ersten Mal für die Grünen in den saarländischen Landtag gewählt wurde.

"Die CDU hat Zugeständnisse gemacht, von denen kann sie nicht mehr zurück. Ich glaube nicht, dass der Peter Müller jemals wieder für Atomkraft sein kann."

Die andere Hälfte hingegen reibt sich verwundert die Augen ob der Wandlungsfähigkeit der CDU und hegt starke Zweifel an der Glaubwürdigkeit des CDU-Frontmanns, Peter Müller.

"Ich entscheide für Rot-Rot-Grün, ganz sicher, weil die Inhalte einfach übereinstimmen, ohne dass man sich verbiegen muss, wie das meiner Meinung nach bei der CDU der Fall ist."

"Ich bin klar für Rot-Rot-Grün. Also, mein Spezialgebiet ist die Bildungspolitik und wenn ich sehe, was in den letzten zehn Jahren in der Richtung an Entscheidungen getroffen worden ist von der CDU-Regierung, dann möchte ich also auf keinen Fall noch einmal einen Ministerpräsidenten namens Peter Müller."

"Gerade nach dem Ausgang der Bundestagswahl - Schwarz-Gelb, eine Regierung der sozialen Kälte - würde ich hier auch für Rot-Rot-Grün eher tendieren."

Ähnliche inhaltliche Bedenken wie gegenüber den potenziellen Koalitionspartnern CDU und FDP gibt es gegenüber SPD und Linken nicht. Die Grünen hadern dafür mit dem linken Personal, das sie nur eingeschränkt für politisch handlungsfähig halten. Darüber hinaus sind viele Grüne von einzelnen linken Parteimitgliedern menschlich enttäuscht. Vor zwei Jahren hatte die Grünen-Landtagsabgeordnete Barbara Spaniol die Partei verlassen, um sich der Linken anzuschließen. Spaniol und ihr Umfeld gelten seitdem als unsichere Kantonisten. Diesen Punkt hatte der grüne Landesvorsitzende, Hubert Ulrich, unmittelbar nach der Landtagswahl angesprochen. Gestern schien es dann für eine Weile so, als wolle Oskar Lafontaine dieses Problem selbst lösen. Er kündigte an, den Vorsitz der Bundestagsfraktion abzugeben. Damit verbliebe ihm zumindest mehr Zeit, sich um saarländische Belange zu kümmern, mutmaßen die saarländischen Grünen. Zwar dementierte Lafontaine diesen Schritt.

"Ich werde mich zukünftig auf die Aufgabe des Parteivorsitzenden konzentrieren und daher nicht mehr für die Funktion des Fraktionsvorsitzenden kandidieren. Diese Entscheidung hat nichts zu tun, wie ich den Morgenmetten entnommen habe, mit der Entwicklung im Saarland."

Der saarländische Landeschef der Grünen reagierte dennoch überaus verschnupft auf die Ankündigung Lafontaines. Er sprach von einem Affront gegenüber den Grünen und dem saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Heiko Maas. Er sei überzeugt, dass ein Dreierbündnis aus Grünen, Sozialdemokraten und Linken die dauerhafte Präsenz und die damit verbundene Dominanz eines politischen Schwergewichtes wie Oskar Lafontaine nicht vertrage.

"Dass Lafontaine jetzt ankündigt, dass er hier den Fraktionsvorsitz übernimmt, bedeutet eigentlich nur, er will sich neben Heiko Maas als Nebenministerpräsident installieren. Was das für die Zukunft bedeutet ist klar. Das wird ein permanentes Gerangel geben um Öffentlichkeitsaufmerksamkeit, um Positionen, um Stabilität in einer solchen Koalition. Also ich finde das nicht sehr positiv, was er da gemacht hat."

Inwieweit sich der kurzzeitige Wirbel um Lafontaine auf die morgige Entscheidungsfindung der Grünen-Delegierten auswirken wird, ist völlig offen. Fest steht nur: Wenn die inhaltlichen Angebote an die Grünen seitens Schwarz-Gelb und Rot-Rot identisch sind, dann haben die Grünen-Delegierten eine Personalwahl zu treffen. Unterstützen sie den bisherigen Ministerpräsidenten Peter Müller von der CDU oder einen SPD-Ministerpräsidenten Heiko Maas mit Oskar Lafontaine als möglichem Schatten.

Eine Sicherheit gibt es für die Grünen allerdings, sagt der Landesvorsitzende: Der politische Wechsel sei zumindest nicht an Rot-Rot-Grün gebunden. Das gehe auch mit der anderen Seite, mit Jamaika.

Diese Rolle als Königsmacher hätte den Grünen, zumindest rein rechnerisch, auch auf Bundesebene zukommen können. Dort aber hatte die Partei schon im Vorfeld der Bundestagswahl zumindest die eine Option ausgeschlossen: Jamaika. Die Grünen wollten keinesfalls Steigbügelhalter sein für schwarz-gelb. Nicht nur wegen der konträren Positionen zum Atomausstieg.

Mit Rot-Rot-Grün hatte an der eher linken Parteibasis dagegen so mancher geliebäugelt. Durch das klare "Nein" der SPD in Richtung Linkspartei war diese Option aber nicht mehr als ein theoretisches Farbspiel. Und so blieb den Grünen dann am Wahlabend nur, sich Mut zu machen für die nächsten vier Jahre:

"Opposition ist gerade in solchen Zeiten wichtiger denn je, und wir versprechen: Die wird knallgrün diese Opposition gegen diese schwarz-gelben!"

Knallig mag es sein, das Grün, das die Parteivorsitzende, Claudia Roth, für die Zukunft auf der Oppositionsbank im Deutschen Bundestag sieht, doch eines war den Feiernden am Wahlabend in Berlin auch klar. Trotz des besten Ergebnisses in der Parteigeschichte wird es nur ein kleines Grün sein, das da zukünftig neben zwei größeren Rots auf der Oppositionsbank Platz nimmt.

Denn die Grünen haben zwar zweieinhalb Prozent zugelegt, ihr Ziel aber, drittstärkste Kraft im Bundestag zu werden, haben sie verpasst. Das bedeute für die Partei, sagt Professor Oskar Niedermayer, der an der Freien Universität Berlin lehrt:

"...dass sie jetzt in Angriff nehmen müssen, sich inhaltlich zu positionieren, denn wir werden drei Parteien in der Opposition haben, bei denen noch nicht klar ist, wie sie sich gegeneinander verhalten. Ob sie sich in einen Überbietungswettbewerb begeben, gerade die SPD und die Linke. Ob und wie sie sich voneinander abgrenzen. Und das muss auch Gegenstand von Erörterungen bei den Grünen sein."

Für Jürgen Trittin, im Wahlkampf einer der beiden Spitzenkandidaten und seit dieser Woche neben Renate Künast Fraktionsvorsitzender, ist eines zumindest klar:

"Wir werden also mehr Polarisierung erleben im deutschen Bundestag. Aber in dieser Auseinandersetzung muss es auch einen Wettbewerb geben zwischen den Oppositionsparteien."

Bei diesem Wettbewerb müsse es aber darum gehen, wer die beste Oppositionsarbeit macht. Keinesfalls darum, wer sich am weitesten nach Links bewegen kann, sagt Krista Sager, die für die Grünen seit 2002 im Bundestag sitzt.

"Wir sind in der Wahrnehmung unserer Wählerinnen und Wähler eher mitte-links, aber eines ist ja auch klar, wenn man Schwarz-Gelb ablösen will, dann kriegt man keine politischen Mehrheiten zustande dadurch, dass alle gleichzeitig versuchen, links außen zu spielen. Und ich sehe nicht, dass wir mit dem Bundestagswahlprogramm versuchen, eine bessere Linkspartei zu sein. Dazu haben wir zu viel auch an grünen Gemeinsamkeiten dort definiert."

In dem Programm hatten die Grünen auf ihrem Parteitag im Mai in Berlin einen Mindestlohn von 7,50 Euro beschlossen - die Parteispitze hatte keine Höhe festlegen wollen. Die Rentenversicherung soll langfristig eine Bürgerversicherung werden, in die alle Erwachsenen mit Einkünften einzahlen. Die Partei beschloss, im Falle einer Regierungsbeteiligung die sofortige Einführung einer Garantie-Rente durchsetzen, die über dem Hartz-IV-Niveau liegen soll. Damit Bürger, die lange im Niedriglohnsektor gearbeitet haben oder wiederholt arbeitslos waren, auch eine Rente erhalten. Außerdem votierten die Delegierten für eine

Aufstockung des Arbeitslosengelds II auf 420 Euro. Gleichzeitig beschlossen sie, bei der Berechnung des Hartz-IV-Satzes das Partnereinkommen nicht mit zu berücksichtigen. Damit zeigte die linke Basis ihre Stärke gegenüber der Parteispitze, denn damit rückten die Grünen von Beschlüssen ab, die sie selbst in der Regierung mitgetragen hatten.

Noch immer, so scheint es, ist die Zeit der rot-grünen Bundesregierung für viele Parteimitglieder eine Zeit, die sie am liebsten ungeschehen machen wollen. Zwar hat sich die Parteibasis, die durchaus eher links ist - oft gegen den Willen der Parteispitze - in Parteitagsbeschlüssen von vielen Punkten aus der Regierungszeit distanziert, aber auch nach vier Jahren in der Opposition gilt noch immer:

"Die Auseinandersetzung muss noch stattfinden, denn in vielen Bereichen setzt man sich ja von der eigenen Regierungszeit ab durchaus, aber richtig aufgearbeitet ist das noch nicht."

...sagt der Politologe Oskar Niedermayer. Besonders deutlich wird das seit Jahren an dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Hier hatte es immer wieder massive Spannungen zwischen der Basis, der Fraktion und der Parteispitze gegeben. Auch auf dem Parteitag in Rostock in zwei Wochen soll Afghanistan wieder Thema sein. Ein Teil der Basis fordert, ein Datum festzuschreiben für einen Abzug der Deutschen Truppen: bis Ende 2010. Für den Gelsenkirchener Robert Zion, der vor zwei Jahren auch schon den Sonderparteitag zum Thema Afghanistaneinsatz mitinitiiert hat, eine logische Forderung:

"Solange noch eine Chance besteht, muss man eine klare Abzugsperspektive auch mit einem Datum formulieren. Das ist in unserem Fall Ende 2010. Auf alle Fälle muss klar sein ein Militärbündnis, wie die Nato, das faktisch Partei in einem Bürgerkrieg geworden ist wird die Probleme Afghanistans nicht lösen können."

Diese Forderung ist aber auch ein Seitenhieb in Richtung Fraktion. Denn die Fraktion hat diese Frage immer weniger ideologisch behandelt als die Basis. Im Bundestagswahlkampf hatte auch der Grüne Spitzenkandidat Jürgen Trittin den Bundesverteidigungsminister wegen der Bombardierung von zwei Tanklastzügen angegriffen. Aber auf ein festes Abzugsdatum mag er sich nicht festlegen. Nur auf eine zeitliche Perspektive. Zuwenig, findet Robert Zion.

Ob dieser Konflikt zwischen Basis und Fraktion künftig weniger ausgeprägt sein wird, muss sich erst zeigen. Fest steht jedenfalls, die Fraktion wird größer - um rund ein Drittel - und die Zahl der Abgeordneten, die eher dem linken Lager angehören, steigt auf mindestens 28.

Auch der Wechsel an der Fraktionsspitze - Jürgen Trittin folgt auf den Realo Fritz Kuhn - sei nicht zwingend ein Signal für mehr links, sagt der Politologe Oskar Niedermayer. Aber auch kein Signal für einen neuen Aufbruch.

Den aber wünschen sich viele jüngere Parteimitglieder. Und damit verbunden personelle Erneuerungen in Fraktionsämtern. Das könnte schon Fritz Kuhn zu spüren bekommen, der den wichtigen Arbeitskreis Wirtschaft und Soziales führen soll, aber Konkurrenz von jüngeren Politikern, wie zum Beispiel dem Finanzexperten Gerhard Schick bekommen könnte. Betrifft das auch die beiden Fraktionsvorsitzenden?

"Die beiden sind erstmal jetzt gewählt für zwei Jahre. Und dann wird man mal gucken müssen, wie es weitergeht. Ich glaube, dass die beiden gute Fraktionsvorsitzende sein werden, sie waren auch gute Spitzenkandidaten, aber insgesamt muss es darum gehen in der Fraktion ein Team aufzustellen, wo alle Generationen drin sind und es kann nicht sein, dass immer dieselben immer weitermachen. Sondern inhaltliche Erneuerung und personelle Erneuerung gehören für mich zusammen."

...sagt Arvid Bell, der für die jungen Grünen im Parteirat sitzt. Es gehe ihm nicht nur um junge Gesichter. Jung sein sei an sich kein Wert. Entscheidender für ihn ist die Antwort auf die Frage:

""Wie geht es eigentlich weiter mit dem grünen Projekt? Und da muss es auch darum gehen, Fehler, die unter Rot-Grün gemacht wurden, dass man die auch noch konsequenter aufarbeitet."

Rücken die Grünen also doch nach links? Für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr könnte eine solche Bewegung gar nicht so verkehrt sein, zumal der Landesverband eher links ist und in Opposition steht zur schwarz-gelben Landesregierung. Manche sehen im Wahlausgang einen Stimmungstest - und eine Möglichkeit, zu beobachten, wie die Oppositionsparteien, die insgesamt alle eher links sind, sich in Zukunft zueinander positionieren könnten.

Auf lange Sicht wird es für die Grünen aber schwierig, wenn sie als dritte rote Kraft mit grünen Ideen wahrgenommen werden. Deshalb müsse es darum gehen, Grüne Eigenständigkeit zu wahren und nicht in einen Überbietungswettbewerb mit SPD und Linken einzutreten, mahnt die Fraktionsvorsitzende Renate Künast ihre Partei. Das könne Wähler aus der bürgerlichen Mitte verschrecken.

Denn auch die werden bei der nächsten Wahl entscheiden, ob es für die Grünen einen Weg zurück gibt in eine Regierungskoalition. Zunächst muss aber die Partei erst einmal selbst wissen, in welche Richtung sie zukünftig gehen will. Auch wenn ein großer Teil der Basis nach links wolle, sei das noch keine ausgemachte Sache, sagt der Politologe Oskar Niedermayer:

"Bei der Führung ist das doch etwas anderes. Wenn sie Frau Künast hören, die jetzt auch noch einmal vor wenigen Tagen, und nach der Wahl eben betont hat, dass sie die Auffassung vertritt, die Grünen seien nach beiden Seiten offen, also. natürlich für Rot-Grün offen, möglicherweise auch für die Linke, aber eben auch unter Umständen für die CDU, nur eben nicht für ein Dreierbündnis mit der FDP zusätzlich. Es gibt keine Festlegung, dass man sich in Zukunft als klarer Teil eines linken Lagers begreifen will. Das muss erst noch diskutiert werden."

© 2009 Deutschlandradio

23.10.2009 19:12 Uhr

Grünen-Parteitag

"Wir haben keine Machtoption"

Vor dem Grünen-Parteitag in Rostock fordert der Parteilinke Robert Zion eine Abkehr von Jamaika und neues Personal an der Parteispitze.

Interview: Michael König

Grünen-Rebell Robert Zion hat in seiner Partei "Ratlosigkeit" über den künftigen Kurs ausgemacht. Nur weil die SPD in einer Krise stecke, dürfe die Öko-Partei nicht das Lager wechseln, sagt er im Interview. (Foto: dpa)

Robert Zion, 43, gilt als Rebell in den Reihen der Grünen, seit er 2007 auf dem Sonderparteitag in Göttingen die Parteispitze düpierte. Damals stimmte die Basis für seinen Antrag, den Einsatz von Tornado-Einsätzen in Afghanistan abzulehnen. Zion ist Vorsitzender des Kreisverbandes Gelsenkirchen. Er gehört zum Flügel der Parteilinken.

sueddeutsche.de: Herr Zion, die Grünen haben das beste Wahlergebnis aller Zeiten eingefahren. Trotzdem ist die Stimmung vor dem Parteitag mies. Woran liegt das?

Robert Zion: Das ist wohl ein Ausdruck von Ratlosigkeit innerhalb der Partei. Es ist schon erstaunlich, dass der Bundesvorstand den Tagesordnungspunkt 'Grüne Opposition' aufruft - und dann hauptsächlich Anträge eingehen, die sich mit etwas ganz anderem beschäftigen. Nämlich mit einer Art versuchter Neuverortung der Partei. Das ist bezeichnend für unsere Situation.

sueddeutsche.de: Das Motto des Parteitags heißt 'Grün macht Zukunft'. Die Debatte kreist aber um die Vergangenheit: War es clever, ohne Machtoption in die Wahl zu gehen?

Zion: Das ist keine Frage von Cleverness. Manche Dinge kann man sich nicht aussuchen. Es gab für uns keine echte Machtoption, weil es im Mitte-Links-Lager Zerwürfnisse gibt, die noch Jahre andauern werden. Für das bürgerliche Lager ist das ein strategischer Vorteil.

sueddeutsche.de: Der hessische Grünen-Chef Tarik Al-Wazir hat gemeinsam mit vielen prominenten Unterstützern einen Antrag eingereicht, in dem es heißt, die Grünen seien mit ihren Inhalten und Wählern in der Mitte angekommen. Wieso wehren Sie sich dann noch gegen Jamaika?

Zion: Dieser Vorstoß von Tarik Al-Wazir ist intelligent, weil er sagt, dass wir im Mitte-Links-Lager die Meinungsführerschaft übernehmen müssen. Die Frage ist allerdings: Wo ist diese Mitte? Bei der FDP ist das ganz klar, sie wendet sich an das Besitzbürgertum und versprüht den diskreten Charme der Bourgeoisie. Wir Grüne haben es hingegen versäumt, eine Diskussion über den Charakter unserer Bürgerlichkeit zu führen. Dabei ist es ja kein Geheimnis, wie die Antwort aussehen könnte.

sueddeutsche.de: Nämlich wie?

Zion: Die klassische Mitte ist in den Umbrüchen der Globalisierung zerfallen. Das haben CDU und SPD zu spüren bekommen, ihre Wählermilieus lösen sich auf. Es gibt aber ein neues Bürgertum. Der Autor Richard Florida hat das die *creative class* genannt, den produktiven Teil der Wissensgesellschaft, der sich auf Großstädte konzentriert. Wir Grüne haben dort sehr hohe Zustimmungswerte. Diese Menschen orientieren sich tatsächlich eher links-liberal als klassisch-bürgerlich. Deshalb können wir jetzt nicht einfach das Lager wechseln und Jamaika anstreben.

sueddeutsche.de: Die Grünen im Saarland haben sich für Jamaika entschieden. Die Chefs der Landtagsfraktionen solidarisieren sich mit ihnen. Droht den Grünen ein handfester innerparteilicher Streit?

Zion: Das ist sehr durchschaubar, was da gerade passiert. In der Politikwissenschaft spricht man von der Radikalität der mittleren Führungsschicht: Da melden sich Leute zu Wort, die große Ziele haben. Ihre Bindung zur Basis ist nicht mehr ganz eng, nach ganz oben reicht es aber auch noch nicht. Bei denen zieht dann eine gewisse Radikalität ein, es werden alle Möglichkeiten offen gehalten. Denn wenn alles offen bleibt, dann hat man auch persönlich immer eine Option. Das wird sich aber alles wieder relativieren, denke ich.

sueddeutsche.de: Was macht sie da so sicher?

Zion: Nehmen wir nur mal die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, die im Mai 2010 ansteht: Nahezu alle, mit denen ich in NRW gesprochen habe, lehnen Schwarz-Gelb-Grün ab. Mindestens ein Drittel der Partei bleibt außen vor, wenn man diese Option anstrebt. Das kann böse nach hinten los gehen. Wir dürfen nicht ausschließlich machtpolitisch denken, nur weil die SPD in einer historischen

Krise steckt, die noch einige Zeit andauern wird. Sonst fehlt irgendwann die Substanz, und ohne Substanz geht es nicht.

sueddeutsche.de: Auch die Grüne Jugend hat vor dem Parteitag aufhorchen lassen: Sie fordert die personelle Erneuerung an der Parteispitze.

Zion: Ja, wir haben ja noch die alte Führung aus der Regierungszeit. Das kann nicht ewig so bleiben, das weiß die Führung aber auch. Allerdings hat die zweite Reihe, die jetzt mit den Hufen scharrt, erst noch einen Selbstfindungsprozess vor sich. So lange sie nur machtpolitisch argumentiert, wird es nicht funktionieren.

sueddeutsche.de: Der Bundesvorstand schreibt in einem Leitantrag, die Grünen hätten sich in den vergangenen vier Jahren 'manchmal zu sehr im Detail verloren, anstatt die großen Linien zu betrachten.' Was ist damit gemeint?

Zion: Als wir in Berlin unser Wahlprogramm besprochen haben, da hatten wir 1000 Änderungsanträge. Wir sind tatsächlich eine Partei, die alles bis ins Kleinste ausdiskutiert und formuliert und jedes noch so kleine Grüppchen berücksichtigt. Die großen Grundfragen gehen dabei manchmal unter. Wir haben zum Beispiel nicht geschafft, die ganze Dramatik des Klimawandels im Wahlkampf zu zeigen. Wir haben immer noch keine einfache Aussage darüber, ob es mit dem Wachstums- und Beschäftigungsbegriff der alten sozialen Marktwirtschaft weiterhin funktionieren wird. Und wir können auch den *green new deal* nicht klar definieren: Ist das jetzt Keynesianismus oder doch eher ein postindustrielles Konzept? Die großen Linien, die grundlegenden Veränderungen, die haben wir nicht benannt.

sueddeutsche.de: Zu diesen Linien gehört auch der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan. 2007 haben Sie einen Abzug der deutschen Truppen abgelehnt, jetzt sind Sie dafür. Woher der Meinungswandel?

Zion: Der Krieg ist eskaliert, die Nato ist gescheitert. Ganz einfach. Ich bin ja studierter Philosoph, und es gibt da einen schönen Satz von Spinoza: 'Die Natur verbietet einem nichts, außer das, was man nicht kann.' Wenn man etwas nicht mehr kann, soll man es lassen. Es zeichnet sich ab, dass die Nato den Krieg verliert oder ihn zumindest ohne Erfolg abbricht. Ich bin mit dem Antrag des Bundesvorstands sehr zufrieden, der klare Zwischenziele und für 2010 die Entwicklung einer Exit-Strategie fordert. Dann können mehr Polizisten ins Land und der zivile Aufbau anders organisiert werden. Aber mit mehr Militär wird es nicht klappen.

sueddeutsche.de: Der Bundesvorstand muss diesmal also nicht fürchten, dass Sie ihn in der Afghanistan-Frage vorführen wie damals in Göttingen?

Zion: Diesmal ist sich die Parteiführung einig und sie hat die Position von Göttingen adaptiert. Insofern gibt es keinen Grund. Der Konfliktpunkt wird diesmal wohl die Strategiedebatte am Samstag sein.



Sendung vom 21.12.2009, 19:05 bis 19:30 Uhr

<http://www.wdr5.de/sendungen/politikum/s/d/21.12.2009-19.05/b/der-gipfel-einer-globalen-oligarchie.html>

Der Gipfel einer globalen Oligarchie

Ein Gespräch über Kopenhagen mit dem Grünen Robert Zion

Das klägliche Ergebnis des Gipfels in Kopenhagen ist für Robert Zion, der als Sprecher des Grünen-Kreisverbandes Gelsenkirchen immer wieder mit grundsätzlichen Überlegungen zu grüner Politik auffällt, wenig überraschend. Seiner Meinung nach werden bei einer solchen Konferenz nur ganz bestimmte ökonomische Interessen vertreten, während sich zwischen den Verhandelnden und den Bürgern eine tiefe Kluft auftut. Zion sieht das repräsentative System in einer Krise, die eine "Neukonstituierung des Politischen" notwendig mache. Gerade für die Lösung der Klimafrage brauche es neue Formen partizipativer Politik.

„Herr Zion, ich gebe ja zu: das Treffen hat nicht viel gebracht. Aber wieso war es denn nicht demokratisch legitimiert?“

„‘Demokratisch legitimiert’ ist vielleicht ein Begriff zu weit ausgedrückt. Es waren schlichtweg einander äußerliche Interessen, die da aufeinander getroffen sind, nämlich verschiedener Wirtschaftszonen und Staaten, mächtiger Staaten und Regionen in der Welt, die einfach ihre jeweiligen eigenen Interessen verfolgt haben, die hauptsächlich ökonomisch sind, aber eben nicht die Interessen der Gattung – des Menschen als Gattungswesen. Und das steht momentan auf dem Spiel.“

„Nun sagte Angela Merkel, es gibt zu dieser von Treffen unter UNO-Hoheit keine Alternative. Aber sie sagt, die Strukturen müssen verbessert werden. Hat sie da nicht Recht?“

„Die Strukturen sind so, wie sie sind. Das ist sozusagen eine ‚Global governance‘, wie man das mittlerweile so schön ausdrückt, wo die verschiedenen Akteure auf globaler Ebene wirtschaftlicher, staatlicher oder auch nichtstaatlicher Art, etwa wie die NGOs, agieren. Aber, es gibt nun mal keine gemeinsame Basis für alles. Es gibt nur die jeweiligen eigenen Interessen.“

„Aber, darum muss man doch auf so einer Tagung ringen, das ist doch ganz normal?“

„Nein, das Interesse, das auf dem Spiel steht, ist das der Gattung, der Menschheit als Ganzes. Wir stehen momentan tatsächlich vor einer Frage, die ähnlich schon im 17. Jahrhundert, als sich die

europäischen Nationalstaaten herausgebildet haben, aufgeworfen wurde – vor einer naturrechtlichen Frage. Der Mensch ist ja ein natürliches Wesen, oder ein Naturwesen. Als solchem kommt ihm ein bestimmtes Naturrecht zu, nämlich: sich in seinem Dasein zu erhalten. Und da er das alleine nicht kann, überträgt er einen Teil dieses Naturrechtes auf das politische Gemeinwesen, den Staat. Und die Legitimation des Staates speist sich einzig und allein daraus, dass der Staat das Interesse des jeweils Einzelnen, sich in seinem Sein zu erhalten, auch erfüllen kann. Und wir sind gerade in der Situation, dass wir am Beginn einer sich herausbildenden Menschheit sind, aber die alten politischen Organisationsformen dieses nicht mehr erfüllen können.“

„Sie sagen, die Regierungen repräsentieren eher und sie vertreten nicht den Menschen an sich. Wer oder was könnte den Menschen an sich denn vertreten?“

„Das ist jetzt tatsächlich die Frage einer Neukonstitution des Politischen, die auf globaler Ebene stattfinden muss und im Prinzip ja auch vonstatten geht. Was im Prinzip aus der neuen Situation – die entstanden ist mit der globalen Krise, die eine Krise der Gattung ist – entsteht, ist die Erfordernis einer Neukonstitution des Politischen, neuer Organisationsformen, die die alten repräsentativen ersetzen.“

„Wie könnte das konkret aussehen?“

„Partizipative Demokratie in erster Linie.“

„Was heißt das?“

Das heißt schlichtweg, dass in unseren klassische repräsentativ-parlamentarischen Demokratien Elemente der direkten Demokratie eingeführt werden, z. B. wie Volksabstimmungen.“

„Aber, wie soll das praktisch aussehen im weltweiten Maßstab?“

„In unseren westlichen Demokratien werden wir das bekommen, es wird in diese Richtung gehen. Selbst die Wahl Obamas, war ja im Prinzip eine Graswurzelbewegung, die von unten gekommen ist. Nun zeigt sich aber auch, dass selbst Obama von anderen Interessen abhängig ist. In anderen Teilen der Welt wird es dann auch wahrscheinlich nicht ohne schwere Umbrüche und Aufruhr von sich gehen.“

„Nun unterstellen Sie ja immer, dass die Menschen wirklich nachhaltige Veränderungen wollen und zwar stärkere Veränderungen als ihre Politiker. Wenn dem so wäre, dann würden sie sich doch andere Regierungen wählen?“

„Das Problem ist nicht die jeweilige Regierung, die regiert, sondern das Problem ist tatsächlich die Struktur unserer politischen Repräsentation. Was dort repräsentiert wird, ist auf globale Ebene dieses Geflecht der ‚Global governance‘, dieser aristokratischen Regierung, die längst die Macht der einzelnen Nationalstaaten übersteigt.“

„Können Sie das konkret an einem Beispiel machen?“

„Wenn Frau Merkel in Kopenhagen bestimmte Interessen vertritt und ausverhandelt, dann verhandelt sie natürlich auch die Interessen der deutschen Industrie aus. Die deutsche Industrie, die sie dort auch mit repräsentiert – in der Konkurrenz z. B. zu China oder zu den USA, wo wir im globalen Wettbewerb stehen –, ist aber ein machtvoller globaler Akteur, z. B. die transnationalen Konzerne, wie Siemens usw., aber auch nicht wirklich legitimiert, legitimiert durch die Bevölkerung auf eine wirklich demokratische Art und Weise.“

„Das unterstellt aber, dass die Bevölkerung kein Interesse daran hat, dass es der Industrie und damit den Arbeitsplätzen gut geht?“

„Ja, das ist wahrscheinlich eine der alles entscheidenden Fragen, auf die es sich letztlich zurückführen lässt. Nämlich die Frage unserer ökonomischen Verfasstheit, die natürlich dahinter steht: ob es denn wirklich nur noch darum geht, ‚Arbeitsplätze‘ zu erhalten, das heißt schlichtweg unser ökonomisches Überleben – das ja jetzt ganz stark an das ökologische Überleben gebunden ist – einzig und allein an den Faktor Lohnarbeit zu koppeln.“

„Sie sagen, die westlichen Demokratien werden mehr Basisdemokratie in Zukunft haben, die anderen nicht. Was heißt das, wenn das nicht gelingt?“

„Das bedeutet dann so eine Art Kriegswirtschaft auf globaler Ebene, also der Rationierungen und autoritären Zuteilungen, wo das Überleben zu einem Überlebenskampf wird. Das ist die Alternative zu der Neukonstituierung politischer Formen, die einfach jetzt ansteht mit dieser Menschheitswerdung, die faktisch vonstatten geht, die aber in unseren Organisationsformen noch nicht vorhanden ist.“

„Das unterstellt aber, dass die Politiker kein Interesse am Menschlichen mehr haben, oder an einem menschlichen Zusammenleben. Ist das nicht ein bisschen weit hergeholt?“

„Sie haben natürlich schon das Interesse. Aber, sie können es nicht repräsentieren, weil sie in dieses sich gegeneinander ausspielende Machtgeflecht eingebunden sind. Das haben sie auch

ganz normal wenn sie sich in einer Partei engagieren. Dann fangen schon diese Hierarchisierungen an und sie repräsentieren irgendwann nur noch die Hierarchie an sich, aber nicht mehr das, was sie eigentlich sollten, nämlich den politischen Willensbildungsprozess.“

„Trotzdem machen Sie noch mit bei den Grünen.“

„Ja. Die Grünen haben sich übrigens mal gegründet, um genau solche Strukturen – Stichwort: Basisdemokratie – von unten aufzubrechen.“

„Der Philosoph, Publizist und Grünen-Politiker Robert Zion. Danke für dieses Gespräch.“

Download des Interviews:

http://medien.wdr.de/m/1261421128/radio/politikum/wdr5_politikum_20091221.mp3